

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 30. Sitzung (19. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Planen und Bauen

am Montag, 27.01.2025, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 51373
Leverkusen, 5. OG, Ratssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Ina Biermann-Tannenberger

Stefan Hebbel

Bernhard Miesen

Wolfgang Sasse

Frank Schönberger

Vorsitzender

SPD

Alexander Finke

Julian Frohloff

Dirk Löb

Lena-Marie Pütz

Mohammed Rifi

Stv. Vorsitzende

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Christoph Kühl

Christian Mai

2. stv. Vorsitzender

BÜRGERLISTE

Ella Luff

OP

Oliver Faber

in Vertretung für Markus Pott

AfD

Peter Morawietz

FDP

Uwe Bartels

Klimaliste Leverkusen

Benedikt Rees

in Vertretung für Jacqueline Blum

Einzelvertreter/in

Gisela Kronenberg

Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderungen

Ulrike Haase-Mülleneisen

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi-Ahromi

Verwaltung:

Andrea Deppe

Beigeordnete für Planen und Bauen

Sabine Heymann

Dezernat V

Andres Mauricio Estrada Bolivar

Dezernat V, Nachhaltige Stadtentwicklung

Christiane Jäger

Mobilität und Klimaschutz (31)

Livia Kramer

Mobilität und Klimaschutz (31)

Nicolas Hell

Umwelt (32)

Lukas Najdoski

Umwelt (32)

Thomas Kresse

Feuerwehr (37)

Nelly Schreiner

SPL Sportpark LEV (52) (bis 16:20 Uhr)

Ute Kommoß

Büro Baudezernat (60)

Stefan Karl

Stadtplanung (61)

Timm Dolenga

Kataster und Vermessung (62)

Dirk Baumeister

Bauaufsicht (63)

Maria Kümmer

Gebäudewirtschaft (65)

Reinhard Schmitz

Tiefbau (66)

Ulrich Hammer

Stadtgrün (67)

Schriftführung:

Stephanie Meuter

Büro Baudezernat (60)

Gäste:

Sven Weiss
Claudia Wiese

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es fehlen:

OP

Markus Pott

Klimaliste Leverkusen

Jacqueline Blum

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	6
2	Niederschriften	6
3	VIP-Parkplatzplanungen Bayer 04	7
3.1	- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3082 - Nr.: 2024/3122	7
3.2	- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 29.10.2024 - Nr.: 2024/3082	7
4	Vorstellung der wupsi-Depot-Neubauplanung - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 18.11.2024 - Nr.: 2024/3159	7
5	Hochwasserschutz am Wiembach - Machbarkeitsstudie "Grünes Hochwasserrückhaltebecken" am ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände	8
5.1	Änderungsantrag der Fraktion Opladen Plus vom 13.01.2025 zur Vorlage Nr. 2024/3164 - m. Stn. v. 20.01.2025 - Nr.: 2025/3186	8
5.2	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2024/3164	12
6	Grünsatzung – Einstellung der Erarbeitung - Nr.: 2024/3163	12
7	Bebauungsplan Nr. 114/74 "Friedrich-Ebert-Platz" - 5. Änderung "Wiesdorf - nordöstlich Christuskirche" - Abwägungsbeschluss - Satzungsbeschluss - Nr.: 2024/3034	13
8	Bebauungsplan Nr. 282/I "Wiesdorf - Zuwegung Kläranlage westlich Westring" - Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens - Aufstellungsbeschluss - Nr.: 2024/3090	14
9	Einleitungsbeschluss über die vorbereitende Untersuchung (VU) nach § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für das Untersuchungsgebiet entlang der Gustav-Heinemann-Straße in Leverkusen-Manfort - Nr.: 2024/3156	14
10	Feuerwachen Opladen und Steinbüchel - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 14.01.2025 - Nr.: 2025/3195	15
11	Einsparungen im Haushalt und gleichzeitige Erhöhung der Liquidität im Jahr 2025 - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 12.01.2025 - Nr.: 2025/3196	18
12	Städtische Begleitung der Auswirkungen der Baustelle der Autobahn A1: Verwaltungsseitige operative Planung und Organisation - Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2025 - m. Stn. v. 23.01.2025 - Nr.: 2025/3188	18

13	Jugendorte sichern! Verlegung der Skateranlage auf den Vorplatz des Forums - Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2025 - Nr.: 2025/3193	19
14	Auflösung Taskforce – Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung schaffen - Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3145 - Nr.: 2024/3148	19
	Bericht der Dezernentin	20
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024)	20

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Zu Ehren und im Gedenken an den verstorbenen Rh. Michael Hüther (SPD) halten die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen zunächst eine Schweigeminute ab.

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), eröffnet sodann die 30. Sitzung (19. TA) Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Im Weiteren begrüßt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), Herrn Alexander Finke (SPD) als neues Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen und heißt ihn willkommen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion werden die Tagesordnungspunkte (TOP) 3 „VIP-Parkplatzplanungen Bayer 04“ sowie TOP 12 „Städtische Begleitung der Auswirkungen der Baustelle der Autobahn A1: Verwaltungsseitige operative Planung und Organisation - Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2025“ in die noch zu terminierende Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen vertagt. Der Diskussionsverlauf ist nachfolgend unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt der Niederschrift abgebildet. Sodann wird die vorliegende Tagesordnung einstimmig für genehmigt erklärt.

2 Niederschriften

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) gibt an, dass ihm zu dem Tagesordnungspunkt (TOP) 13 (Haushaltssicherungskonzept - Aufhebung von Ratsbeschlüssen – „Photovoltaikanlagen, Dach- und Fassadenbegrünung, Vorstudie Reaktivierung Balkantrasse, Aufwertung Schulhof Gesamtschule Leverkusen-Schlebusch“, Vorlage Nr. 2024/3093) der 29. Sitzung des Ausschusses vom 18.11.2024, die gestellten Fragen bislang unbeantwortet sind. *(Redaktioneller Hinweis der Verwaltung: Nach Auffassung der Abteilung 011 ist es möglich, die Aufhebung der Ratsvorlage als Sammelvorlage zu beschließen. Der Auszug zum Tagesordnungspunkt wurde am 25.11.2024 an die Fachbereiche 31 sowie 65 übersandt, mit der Bitte um mdl. Vorbereitung auf die Sitzung des Rates.)*

Gleichermaßen gelte dies lt. Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen), für die Fragen von Rf. Kronenberg (parteilos) zu TOP 7 (V 40/I "Wiesdorf - Wohnheim zwischen Elisabeth-Langgässer-Straße, Kurtekottenweg und Bertha-von-Suttner-Straße", Vorlage Nr. 2024/2905).

(Redaktioneller Hinweis der Verwaltung: Die Beantwortung erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht der Dezernentin“ zu dieser Niederschrift.)

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), den Ausschuss über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen:

dafür: 17 (5 CDU, 5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 Einzelvertreterin)
dagegen: 1 (Klimaliste Leverkusen)

3 VIP-Parkplatzplanungen Bayer 04

3.1 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3082
- Nr.: 2024/3122

3.2 - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 29.10.2024
- Nr.: 2024/3082

Der Tagesordnungspunkt 3.1 „Änderungsantrag Nr. 2024/3122 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3082“ und Tagesordnungspunkt 3.2 „Antrag Nr. 2024/3082 der Fraktion Opladen Plus vom 29.10.2024“ werden gemeinsam beraten.

Herr Frohloff (SPD) stellt einen Vertagungsantrag für beide Anträge in die zum Thema geplante Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen.

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

dafür: 17 (5 CDU, 5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)
dagegen: 1 (Klimaliste Leverkusen)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

Damit ist die Vertagung in die geplante Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen mehrheitlich beschlossen.

4 Vorstellung der wupsi-Depot-Neubauplanung
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 18.11.2024
- Nr.: 2024/3159

Rh. Faber (OP) zieht den Antrag im Namen seiner Fraktion zurück.

5 Hochwasserschutz am Wiembach - Machbarkeitsstudie "Grünes Hochwasserrückhaltebecken" am ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände

5.1 Änderungsantrag der Fraktion Opladen Plus vom 13.01.2025 zur Vorlage Nr. 2024/3164
- m. Stn. v. 20.01.2025
- Nr.: 2025/3186

Rh. Faber (OP) erläutert den Antrag seiner Fraktion und spricht sich dafür aus, analog den Beratungen aus dem Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt am 23.01.2025 in der Weise zu folgen, dass eine unverbindliche Empfehlung an die Organe der Technischen Betriebe der Stadt Leverkusen, AöR, (TBL) ausgesprochen wird.

Nachfolgend verliest Rf. Biermann-Tannenberger (CDU) eine Stellungnahme ihrer Fraktion zu Protokoll:

„Wie bereits im Rahmen der ersten Vorlage zu diesem Themenbereich im Mai 2021 wird auch die aktuelle Information über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie als Kenntnisnahme-Vorlage den Ausschüssen, dem Bezirk II sowie dem Rat vorgelegt. Richtig ist, dass nach §2 Absatz I Nr. d der Satzung der Technische Betriebe der Stadt Leverkusen (TBL) AöR, die TBL AöR unter anderem für den Hochwasserschutz auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen zuständig ist. Entscheidungsgremium ist der Verwaltungsrat der TBL. Gleichwohl sieht die CDU-Fraktion in diesem Fall eine engere Einbindung der Ausschüsse des Bezirks und des gesamten Rates als geboten an, wie es im Übrigen in vergleichbaren Fällen bereits in der Vergangenheit vollzogen wurde. Anders als noch im Jahr 2021 hat die Verwaltung nicht die Absicht, die Ergebnisse der Studie und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen bzw. erforderlichen Beschlüsse im Rahmen einer Bürgerbeteiligung vorzustellen. Hierzu hat sich offensichtlich durch die Diskussion im Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt am 23.01.2025 eine etwas andere Haltung ergeben.

Aus Sicht der CDU-Fraktion haben aber insbesondere die Anwohnenden rund um den Wiembach und der angrenzenden Straßen ein Recht darauf, aus erster Hand durch die Verwaltung sowie von denen für die Entscheidungsfindung verantwortlichen Gutachtern informiert zu werden. Seit nunmehr 3,5 Jahren wartet die vom damaligen Starkregenereignis besonders Betroffenen auf Maßnahmen der Stadt, die zukünftig einen besseren Schutz bieten sollen. Jetzt wird lediglich auf die fachlich nicht versierten Lokalpolitikerinnen und -politiker sowie die Presse gesetzt, um die Ergebnisse, die Bewertungen sowie die daraus folgenden Entscheidungen der Öffentlichkeit zu verkaufen. Mit dieser Mutlosigkeit der Verwaltung geht leider auch einher, dass damit das Thema in den anstehenden Kommunalwahlkampf hereingezogen wird. Das gilt es, in dieser wichtigen Angelegenheit absolut zu vermeiden. Neben der rein fachlichen Bewertung darf man bei diesem Thema nicht

die berechnete emotionale Komponente vergessen. Bei jedem größeren angekündigten Regenereignis schauen die Betroffenen des Jahres 2021 mit großer Sorge auf den Wiembach und die Wupper. Parallel wurden und werden städtische und private Gelder in Millionenhöhe für Sanierungen von Schulen, Kirchen, Kindergärten und des Naturgutes ausgegeben, ohne dass eine erkennbare Verbesserung des Hochwasserschutzes erzielt wird. Die CDU-Fraktion fordert daher die Verwaltung auf, noch im 1. Halbjahr 2025 eine Bürgerveranstaltung in Opladen durchzuführen, um sachlich über die Ergebnisse zu informieren und das weitere, geplante Vorgehen von Seiten der TBL darstellen zu lassen. Nach Möglichkeit sollte bei diesem Termin auch der Wupperverband vertreten sein, um über den Stand der Verbesserungen des Hochwasserschutzes bei der Wupper zu berichten. Wiembach und Wupper müssen infolge der vergangenen Ereignisse zwingend gemeinsam betrachtet werden. Bei diesem Termin sollte auch deutlich gemacht werden, dass ein technischer Hochwasserschutz im Status Quo nicht erreicht werden kann. Auch nach der von der Politik geforderten Studie für eine Alternative muss festgestellt werden, dass die Aufweitung des Wiembach, als hydraulisch gleichwertige Lösung festgestellt wurde. Unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen erscheint ein Festhalten an der Unversehrtheit der Wiembachallee ihrem jetzigen Zustand für den Hochwasserschutz für Menschen und Gebäude nicht erkennbar. Hinsichtlich der Ergebnisse der Studie haben sich bei der CDU-Fraktion noch Fragen ergeben, hier unter anderem die Frage nach 800 Bäumen, die für ein solches Hochwasserrückhaltebecken gefällt werden müssten. Auch ist der CDU unklar, wie bei der einzig vorliegenden und favorisierten Maßnahme einer Gewässeraufweitung in der Wiembachallee, Absenkung des Wasserspiegels bis zu 17cm, ein zukünftiger Schutz des Naturgutes Ophoven, welches gerade umfangreich saniert und erweitert wird, erreicht werden soll und wie der im Jahr 2021 als Problem festgestellte Durchfluss unter der Bahnlinie Rennbaumstraße verbessert werden könnte. Daher wird die Errichtung eines Hochwasserrückhaltebeckens in der Variante 4plus, mit einem Retentionsvolumen von 135.000m³ und einer damit einhergehenden Reduzierung des Abflusses am Unterlauf des Wiembachs um ca. 4,8m³/Sekunde auf dann 12,7m³/Sekunde, als zusätzliche ergänzende Schutzmaßnahme weiterhin als sinnvoll und für einen ganzheitlichen Hochwasserschutz für Opladen als notwendig angesehen. Daher bittet die CDU-Fraktion die Verwaltung bei einem zeitnahen Vorort-Termin die Politik über die Variante 4plus mit all den beschriebenen Auswirkungen beim Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens auf dem ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände und der Wiembachau zu informieren. Die CDU sieht in einem sowohl als auch statt einem entweder/oder-Szenario die bestmögliche Vorgehensweise um insbesondere auch die Gebäude vor der Wiembachallee zu schützen. Eine rein materiell ausgerichtete Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sollte nach den Erlebnissen des Jahres 2021 nicht die allein maßgebliche Entscheidungsgrundlage sein. Daher müssen alle Anstrengungen von Seiten der Verwaltung unternommen werden, nach einem positiven Votum durch den Stadtrat, auch die Realisierung des Hochwasserrückhaltebeckens mittelfristig umzusetzen.“

Rh. Løb (SPD) führt zu den intensiven Beratungen in der Sitzung des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt am 23.01.2025 aus, in der Rh. Løb (SPD) Teile der Stellungnahme der CDU-Fraktion als beantwortet bzw. wiederlegt sowie eine Beteiligung und Transparenz als gegeben ansieht. Weiterhin wurde in genannter Sitzung ausdrücklich zugesagt, dass eine Veranstaltung zur Information der Bürgerinnen und Bürger stattfinden wird.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) stellt drei Änderungsanträge bezüglich der Aufweitung des Wiembachs an der Wiembachallee und der Machbarkeitsstudie zum sog. Grünen Rückhaltebecken auf dem ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände sowie der Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung und erläutert die Hintergründe zu seinem Vorgehen. Die Anträge sind zur Niederschrift als Anlage 1 bis 3 beigelegt.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) vertritt die Auffassung, dass bereits in anderen Situationen die Verwaltungsratsmitglieder angewiesen wurden, entsprechend dem Votum der politischen Gremien, abzustimmen. Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) stellt anheim, so es rechtlich nicht zulässig sein sollte Änderungsanträge zu einer Kenntnisnahme-Vorlage zu stellen, seien die Änderungsanträge hilfsweise als Empfehlung an den Verwaltungsrat der TBL anzusehen und bittet um Prüfung der Zulässigkeit im Nachgang durch die Verwaltung.

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), vertritt die Auffassung, dass keine Änderungsanträge zu einer Kenntnisnahme-Vorlage gestellt werden können und fasst zusammen:

Die Anträge „Aufweitung des Wiembachs an der Wiembachallee“ und der „Machbarkeitsstudie zum sog. Grünen Rückhaltebecken auf dem ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände“ der Klimaliste Leverkusen sind aufgrund von Kompetenzüberschreitung dieses Gremiums zurückzuweisen, mit der Begründung, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen nicht den Verwaltungsratsmitgliedern einer Anstalt des öffentlichen Rechts vorsteht und diesen Anweisungen erteilen kann.

Zum Antrag der Klimaliste Leverkusen über die „Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung“ verweist Rh. Schönberger (CDU) auf die in der Sitzung zuvor ausgeführten Erläuterungen des Rh. Løb (SPD) in der Weise, dass Einigkeit zur Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung bestehe und der Antrag somit obsolet sei.

Insoweit sieht der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), die Bearbeitung der Änderungsanträge der Klimaliste Leverkusen insgesamt als gegeben an und betont die ausschließliche Kenntnisnahme der Vorlage.

Rh. Bartels (FDP) resümiert die Zuständigkeit für das Gutachten richtigerweise im Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt in der Federführung und verweist auf die bereits vor dem Extrem-Hochwasserereignis im Jahre 2021 getroffene Feststellung des Landes NRW, dass Teile des Stadtgebietes Opladen als Überschwemmungsgebiet gelten und bauliche Maßnahmen seither dort nur beschränkt möglich sind.

Rh. Bartels (FDP) nimmt zur Kenntnis, dass nach einer gründlichen Überarbeitung, tatsächlich die ursprüngliche, knapp formulierte Variante, die die TBL vorgeschlagen hat, die einzige ist, die rechtlich zulässig und wirksam sei und dass in dieser Weise verfahren werden muss. Auf einen überschaubaren Umsetzungszeitraum ist zu hoffen, damit auch weitere Baumaßnahmen, die zur Erschließung von Brachflächen in Opladen möglich und nötig sind, durchgeführt werden können.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) gibt zu Protokoll, „dass er die Ausführungen von Rh. Löb (SPD) als nichtzutreffend erachtet. Zur Hochwasserproblematik Ophovener Weiher hat es bislang keine Bürgerinformationsveranstaltung gegeben. Auch an diesem gemeinsamen Treffen am Ophovener Weiher war seines Wissens nach, keine Öffentlichkeit eingeladen. Das zur Richtigstellung. Die zweite Richtigstellung betrifft die Äußerung von Rh. Löb (SPD) aus der Sitzung des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt am 23.01.2025, der Naturschutzbeirat hätte sich positiv zu einer Aufweitung des Wiembachs geäußert. Dies war eine Einzelmeinung von Herrn Dr. Kochanek, die auch in der Weise protokolliert wurde. Es wurde kein Votum des Naturschutzbeirates herbeigeführt und Rh. Löb (SPD) hätte es in der Weise dargestellt, dass sich der Naturschutzbeirat hier die Meinung des Herrn Dr. Kochanek zu eigen gemacht hätte. Das ist definitiv nachweislich falsch und er bittet Rh. Löb (SPD) in Zukunft um Unterlassung derartiger Darstellungen und gegebenenfalls um Korrektur des Protokolls, so es dort Erwähnung gefunden hat.“

Rh. Löb (SPD) widerlegt und stellt zu Protokoll die Aussagen von Rh. Rees in der Weise klar, dass „aus dem genannten Protokoll exakt vorgelesen wurde und es kein Beschluss aus dem Naturschutzbeirat, sondern die Einzelmeinung von Dr. Kochanek ist. Von der Verwaltung wurde ein sog. Stimmungsbild aufgezeigt, welches in der Sitzung des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt dargestellt wurde. Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) habe sich zudem auf sehr unschöne Arte und Weise als Gast aus dem Hintergrund in die Diskussion eingemischt.“

Daraufhin beabsichtigt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über den Änderungsantrag von Opladen Plus in der Form abzustimmen, dass „eine unverbindliche Empfehlung an die Organe der TBL AöR ausgesprochen wird“; analog der Beratung des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) stellt zuvor einen Antrag zur Geschäftsordnung und äußert seine Verwunderung darüber, dass der Änderungsantrag von Opladen Plus zur Abstimmung kommen soll und konstatiert, dass infolge ebenso die Änderungsanträge der Klimaliste Leverkusen zur Abstimmung kommen sollten.

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), verweist sodann auf seine vorherigen Ausführungen, bei denen auf die Rechtswidrigkeit der beiden ersten Änderungsanträge der Klimaliste Leverkusen hingewiesen wurde und basierend darauf keine Abstimmung erfolge. Der Unterschied zum Änderungsan-

trag von Opladen Plus sei in der Formulierung einer Empfehlung begründet.

Frau Beigeordnete Deppe verweist ergänzend auf die bereits erfolgte rechtliche Prüfung durch 01-Sitzungsdienst i.V.m. FB 30, die diese Bewertung bestätigen (vgl. schriftliche Stellungnahme der Verwaltung v. 20.01.2025).

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über den Änderungsantrag von Opladen Plus mit zuvor genannter Formulierung abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit Änderung aus der Sitzung des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt vom 23.01.2025

dafür: 1 (OP)
dagegen: 17 (5 CDU, 5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)
Enth.: 1 (Klimaliste Leverkusen)

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

5.2 Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2024/3164

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6 Grünsatzung – Einstellung der Erarbeitung
- Nr.: 2024/3163

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) setzt darauf, dass das, was mit der Grünsatzung beabsichtigt wird, eine Hilfestellung an die Bürgerinnen und Bürger zu geben, wie sie pflanzen und gestalten können, nicht umsonst gewesen ist und appelliert an die anderen Fraktionen sich für eine Weiterentwicklung der Grünsatzung auszusprechen und nicht aufgrund der Haushaltsituation oder mangelnder Personalressourcen das Vorhaben Grünsatzung zu begraben.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) schließt sich den Ausführungen von Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an und verweist auf die rechtliche Verpflichtung zum Vorgehen gegen Schottergärten.

Rh. Faber (OP) verweist auf den Beschluss zum nächtlichen Verbot für Mähroboter, der auch als Apell zu verstehen sei und sieht dies bei der Grünsatzung ähnlich.

Rh. Bartels (FDP) hält nicht an dem Änderungsantrag seiner Fraktion aus dem Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt vom 23.01.2025 fest. Er sieht eine Handreichung, nach den Äußerungen von Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), auch ohne den Erlass einer Grünsatzung als umsetzbar an.

Rh. Hebbel (CDU) hält noch viele Fragen für ungeklärt, die möglicherweise im Rahmen der Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung offenkundig gewesen wären. Rh. Hebbel (CDU) führt aus, dass Wohnungseigentümer ohnehin schon durch Regelungen auf Bundes- oder Landesebene, ausreichende Regularien umsetzen müssen, so dass die Durchführung der Grünsatzung eine zusätzliche Belastung darstellt. Auch vor dem Hintergrund der Haushaltssituation spricht sich die CDU-Fraktion für die Einstellung der Grünsatzung aus.

Frau Beigeordnete Deppe bietet an, zu prüfen, ob die Grünsatzung als Empfehlung über die Internetseite der Stadtverwaltung Leverkusen veröffentlicht werden kann und damit als Handreichung für Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt wird.

Rh. Hebbel (CDU) hält die Anregung von Frau Beigeordnete Deppe für sinnvoll und sieht darin auch die bisher geleistete Arbeit der Verwaltung zum Thema zielführend eingesetzt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 13 (5 CDU, 5 SPD, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)
dagegen: 5 (3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 Klimaliste Leverkusen)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 7 Bebauungsplan Nr. 114/74 "Friedrich-Ebert-Platz" - 5. Änderung "Wiesdorf - nordöstlich Christuskirche"
- Abwägungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
- Nr.: 2024/3034

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 17 (5 CDU, 4 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 Einzelvertreterin)
dagegen: 1 (Klimaliste Leverkusen)

Rh. Rifi (SPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

- 8 Bebauungsplan Nr. 282/I "Wiesdorf - Zuwegung Kläranlage westlich Westring"
- Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
- Aufstellungsbeschluss
- Nr.: 2024/3090

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) äußert, dass eine Teilnahme sowie eine Vorstellung der Maßnahmen durch den Wupperverband hilfreich gewesen wären.

Rf. Biermann-Tannenberger (CDU) merkt an, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplans einen vierspurigen Westring umfasst und das Vorhaben somit aktuell dem Thema Entsiegelung zuwiderläuft.

Beschluss:

1. Dem Antrag des Wupperverbandes auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Anlage 1 der Vorlage) wird zugestimmt.
2. Für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 282/I „Wiesdorf - Zuwegung Kläranlage westlich Westring“ wird die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen. Das Gebiet liegt in der Gemarkung Bürrig, Flur 20, und wird grob im Norden durch die südliche Grenze des Flurstücks Nr. 442, im Osten durch die westliche Grenze des Flurstücks Nr. 480, im Süden durch die nördliche Grenze des Flurstücks Nr. 451 und im Westen durch die östliche Grenze des Flurstücks Nr. 445 begrenzt. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung (Anlage 2 der Vorlage) zu entnehmen. Die Planzeichnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Rechtsgrundlage: § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

- einstimmig mit einer Enthaltung (Klimaliste Leverkusen) -

- 9 Einleitungsbeschluss über die vorbereitende Untersuchung (VU) nach § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für das Untersuchungsgebiet entlang der Gustav-Heinemann-Straße in Leverkusen-Manfort
- Nr.: 2024/3156

Beschluss:

1. Die Stadt Leverkusen strebt an, für die zentral gelegene Fläche entlang und nördlich der Gustav-Heinemann-Straße in Leverkusen-Manfort die

Möglichkeit der Qualifizierung über städtebauliche Sanierungsmaßnahmen nach §§ 136 ff. Baugesetzbuch (BauGB) zu prüfen. Das Baugesetzbuch sieht als ersten Verfahrensschritt die Einleitung einer vorbereitenden Untersuchung nach § 141 Abs. 3 BauGB i. V. m. §§ 136-139 BauGB zur Gewinnung von Beurteilungsgrundlagen über die Festlegungsvoraussetzungen für ein förmliches Sanierungsgebiet gem. § 142 BauGB vor. Die Abgrenzung des Untersuchungsgebiets ist in der Anlage 1 der Vorlage dargestellt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ganz oder teilweise die vorbereitende Untersuchung an ein externes Planungsbüro oder eine Bürogemeinschaft zu vergeben bzw. erforderliche Gutachten zur weiteren Beurteilung der Sanierungsbedürftigkeit einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

- einstimmig mit einer Enthaltung (Klimaliste Leverkusen)

Rh. Rifi (SPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

- 10 Feuerwachen Opladen und Steinbüchel
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 14.01.2025
- Nr.: 2025/3195

Herr Kresse (37) nimmt mündlich vor dem Gremium Stellung.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN) stellt im Namen ihrer Fraktion, den als Tischvorlage in der Sitzung verteilten Änderungsantrag zu 2025/3195 „Feuerwachen Opladen und Steinbüchel“ vor. Der Punkt 1. a. und b. sowie Punkt 2 a. und b. werden verlesen und mit Erläuterungen ausgeführt.

Rf. Pütz (SPD) stellt den Antrag auf Vertagung in die Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen, um die zusätzlichen Aspekte, durch den eingereichten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diskutieren zu können.

Fr. Luff (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) merkt an, dass eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der BÜRGERLISTE hilfreich gewesen sei und sieht ihn als unterstützenswert an.

Rf. Biermann-Tannenberger (CDU) plädiert dafür, das Verfahren nicht weiter aufzuhalten, dies auch mit Blick auf die Entwicklung der Baukosten, und sieht das Argument der Einsatzzeiten als zentralstes, wenn diese nicht gehalten werden können.

Rh. Bartels (FDP) sieht eine abschließende Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen für den Antrag der BÜRGERLISTE, wozu infolge auch die Ergänzungsanträge zählen und zu beschließen sind. Aufgrund der Interpretationswürdigkeit beider Anträge hält Rh. Bartels (FDP) eine Vertragung in die geplante Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen für geboten.

Frau Beigeordnete Deppe stellt klar, dass eine verwaltungsseitige Prüfung bzw. Bearbeitung der Anträge nicht bis zur Sondersitzung zu leisten sei und sieht eher den 2. Sitzungsturnus als möglich an. Der Beschluss zur Ausschreibung liegt vor und eine Vorlage für die Vergabe der Leistungsphasen 1 und 2 wird in den nächsten Sitzungsturnus eingebracht. Spätestens dann ist eine Entscheidung der Politik angezeigt.

Rh. Hebbel (CDU) bittet darum, dass Herrn Kresse (37) zur Sitzung des Rates die Möglichkeit gegeben wird, in gleicher Weise vorzutragen. Eine nachhaltige Dauerlösung wird ganz sicher benötigt, es ist sich jedoch mit der Interimslösung vorerst abzufinden, um die Sicherheit der Menschen auf dem Stadtgebiet Leverkusen gewährleisten zu können.

Rf. Kronenberg (parteilos) wirft die Frage der Finanzierbarkeit eines PPP (Public Private Partnership) - Projektes auf, da damit eine konsumtive Verschiebung gegeben sei und aufgrund des fehlenden Gegenwertes auch kein investigatives Projekt sei. Mit dieser Vorgehensweise seien zukünftige Generationen belastet. Rf. Kronenberg (parteilos) erinnert an ihre Bitte, zu Beginn der Wahlperiode, die Vor- und Nachteile von PPP-Projekten durch die Verwaltung darzulegen. Rf. Kronenberg (parteilos) bringt ihre Sorge zum Ausdruck, ob ein weiteres PPP-Projekt mit dem derzeitigen Schuldenstand der Stadt Leverkusen durchführbar ist.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über den Vertragungsantrag der SPD zum Antrag der BÜRGERLISTE sowie dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen abstimmen:

dafür:	6 (3 SPD, 1 OP, 1 FDP, 1 parteilos)
dagegen:	9 (4 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 Klimaliste Leverkusen)
Enth.:	2 (1 CDU, 1 AfD)

Damit ist der Antrag auf Vertragung mehrheitlich abgelehnt.

Rh. Rifi (SPD) und Rh. Finke (SPD) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Nachfolgend stellt Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) einen Änderungsantrag zum Antrag der BÜRGERLISTE „für einen Ausbau und eine Vergrößerung

des Interimsgeländes zu einer dauerhaften 2. Hauptfeuerwache, als Alternative für die 2. Feuerwache Auf den Heunen“.

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), lässt über den Änderungsantrag der Klimaliste Leverkusen in der vorgenannten Weise abstimmen:

dafür: 1 (Klimaliste Leverkusen)
dagegen: 16 (5 CDU, 3 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)

Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Rh. Rifi (SPD) und Rh. Finke (SPD) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Sodann lässt Rh. Schönberger (CDU) über den Antrag der BÜRGERLISTE abstimmen:

dafür: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen)
dagegen: 13 (5 CDU, 3 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD, 1 parteilos)
Enth.: 1 (OP)

Damit ist der Antrag der BÜRGERLISTE mehrheitlich abgelehnt.

Rh. Rifi (SPD) und Rh. Finke (SPD) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Abschließend lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der als Tischvorlage eingereicht wurde, abstimmen:

dafür: 6 (3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen, 1 parteilos)
dagegen: 10 (5 CDU, 3 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)
Enth.: 1 (OP)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Rh. Rifi (SPD) und Rh. Finke (SPD) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

- 11 Einsparungen im Haushalt und gleichzeitige Erhöhung der Liquidität im Jahr 2025
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 12.01.2025
- Nr.: 2025/3196

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

- 12 Städtische Begleitung der Auswirkungen der Baustelle der Autobahn A1: Verwaltungsseitige operative Planung und Organisation
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2025
- m. Stn. v. 23.01.2025
- Nr.: 2025/3188

Herr Frohloff (SPD) stellt den Antrag auf Vertagung des TOP 12 (Städtische Begleitung der Auswirkungen der Baustelle der Autobahn A1: Verwaltungsseitige operative Planung und Organisation - Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2025) in die zum Thema geplante Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen.

Rh. Hebbel (CDU) verweist auf die vorliegende positive Stellungnahme der Verwaltung und spricht sich gegen eine Vertagung aus, um der Verwaltung die Möglichkeit zu geben unmittelbar in die Gespräche mit der Autobahn GmbH einzutreten. Im Weiteren sieht Rh. Hebbel (CDU) das Gesamtthema in der noch zu terminierenden Sondersitzung fortgeführt, ohne dass es hier zu einem Zeitverlust kommt.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) hält den Antrag der CDU für verfristet und spricht sich gegen eine Vertagung aus.

Daraufhin lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über den Vertagungsantrag abstimmen:

dafür: 11 (5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1 parteilos)
dagegen: 7 (5 CDU, 1 AfD, 1 Klimaliste Leverkusen)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

Damit ist der Antrag auf Vertagung in die geplante Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen mehrheitlich beschlossen.

- 13 Jugendorte sichern! Verlegung der Skateranlage auf den Vorplatz des Forums
- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2025
- Nr.: 2025/3193

Nach der Stellungnahme durch die Verwaltung und den Ausführungen von Herrn Hammer (67) wird der Antrag durch die antragsstellende Fraktion zurückgezogen.

- 14 Auflösung Taskforce – Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung schaffen
- Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3145
- Nr.: 2024/3148

Rh. Hebbel (CDU) fragt an, wann mit der Stellungnahme der Verwaltung zu rechnen sei. Frau Beigeordnete Deppe führt aus, dass Dezernat V mit der Bearbeitung der Punkte 1 „Neubauten sowie große Sanierungen und Schulen und Kitas werden unter dem Dach der Stadtteilentwicklungsgesellschaft Wiesdorf/Manfort (SWM, künftig Stadtentwicklungsgesellschaft“ und Punkt 4 „Die Konzernsteuerung und die städtischen Gesellschaften werden eng in die Konsolidierungsplanungen einbezogen“ des Antrages beauftragt ist. Hierzu sei in einem ersten Schritt ein Wirtschaftsprüfer beauftragt und geplant, die Ergebnisse in der Sitzung des Finanz- und Digitalisierungsausschusses am 10.02.2025 vortragen zu lassen. Die Präsentation des Vortrages soll im Nachgang als Handreichung der Politik dienen und die schriftliche Stellungnahme ersetzen.

Aufgrund der Ausführungen von Frau Beigeordnete Deppe beantragt Rh. Hebbel (CDU) die Vertagung des Antrages in die Sitzung des Finanz- und Digitalisierungsausschusses am 10.02.2025.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über den Antrag auf Vertagung abstimmen:

dafür: 18 (5 CDU, 5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 parteilos)
dagegen: 1 (Klimaliste Leverkusen)

Damit ist der Antrag auf Vertagung in die Sitzung des Finanzausschusses am 10.02.2025 mehrheitlich beschlossen.

Bericht der Dezernentin

Frau Beigeordnete Deppe beantwortet die Fragen von Rf. Kronenberg (parteilos) zu TOP 7 (V 40/I "Wiesdorf - Wohnheim zwischen Elisabeth-Langgässer-Straße, Kurtekottenweg und Bertha-von-Suttner-Straße", Vorlage Nr. 2024/2905) aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen vom 18.11.2024 wie folgt:

„Entsteht mit der lastenfreien Übergabe des Gehwegs ein finanzieller Vorteil für die Stadt? Welche Verantwortung resultiert für die Stadt z.B. in Bezug auf den baulichen Zustand, die Reinigung und den Winterdienst in den kommenden Jahrzehnten?“

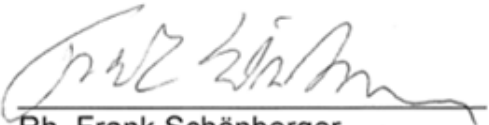
Antwort:

Der mit dem Vorhabenträger vorgesehene Durchführungsvertrag zum V40/I sieht eine Übertragung des Grundstückes für den öffentlichen Gehweg an die Stadt Leverkusen vor. Der Übernahme voraus geht die Herstellung des Gehweges gemäß den Vorgaben eines ebenfalls abzuschließenden Ausbaupertrages. Der Vorhabenträger trägt die Kosten zur Herstellung des Gehwegs in vollem Umfang. Die Verkehrssicherungs- und Unterhaltungspflicht verbleibt bis zur Übernahme durch die Stadt beim Vorhabenträger.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024)

Es werden keine öffentlichen Zusatzanfragen gestellt.

Zum Ausscheiden von Frau Kümmel (65) sowie Herrn Hammer (67) aus dem Dienst der Stadt Leverkusen bedankt sich der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU) für die langjährige gute Zusammenarbeit im und mit dem Gremium und schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen gegen 18:45 Uhr.


Rh. Frank Schönberger
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Planen und Bauen


Stephanie Meuter
Schriftführer/in